

II-4017 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2037/J

1978 -07- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Steinbauer, *Dr. Ermacora*
und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Erhebung der sozialen Herkunft der österreichischen Beamten des Außenministeriums

In der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses vom 23.6.1978 mußte der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten auf Grund einer Anfrage des Abg. Dr. Karasek zugeben, daß in seinem Ministerium eine Erhebung über die soziale Herkunft der Beamten seines Ressorts angestellt wurde. Im Lichte des neuen Parteiprogramms der Sozialistischen Partei und der Ausführungen des Problemkatalogs für dieses Parteiprogramm erscheinen die Versuche des Außenministers, diese Angelegenheit als statistische Erhebung zu camouflieren, bedenklich. Diese Untersuchung erfolgte nämlich offensichtlich in Vollziehung des SPÖ-Parteiprogramms.

Im Problemkatalog für die Revision des Parteiprogramms der SPÖ heißt es nämlich auf Seite 130 unter anderem: "Die österreichische Bevölkerung hat ein Grundrecht, sich über ihre Zukunft ein realistisches Bild machen zu können und über mögliche Alternativen, die Österreich im internationalen System offenstehen, mitzuentcheiden. Das bedeutet ein Abgehen von der Tradition der Geheimhaltungspolitik,

eine stärkere demokratische Kontrolle des diplomatischen Corps und einen Ausbau der Informations-, Kontroll- und Mitentscheidungsmöglichkeiten in der sozialistischen Partei und in der Gesellschaft schlechthin."

und auf Seite 153: "Die österreichische Außenpolitik wird durch die Dominanz eines konservativen diplomatischen und bürokratischen Apparates, der eng mit der nationalen und internationalen Oberschicht verbunden ist, und durch das Weiterleben der Tradition der Geheimhaltungspolitik zumeist jeglicher Diskussion und Kritik entzogen."

Und im vom Parteitag am 20.5.1978 beschlossenen Parteiprogramm heißt es: "In diesem Sinne treten die Sozialisten ein:

- o Für den Abbau von Schranken beim Zugang zum diplomatischen Dienst, für dessen weitere Modernisierung und für die Förderung jener Entwicklung, die seiner veränderten Aufgabenstellung Rechnung trägt."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

- 1) Wie lautete die Weisung bezüglich der Erhebung der sozialen Herkunft der Beamten des Außenministeriums?
- 2) Wer hat diese Weisung erteilt?
- 3) Welcher Zweck wurde mit dieser Untersuchung verfolgt?
- 4) Wurde die Personalvertretung mit dieser Angelegenheit befaßt?
- 5) Wenn ja, wie lautete die Stellungnahme der Personalvertretung?

- 3 -

- 6) Hat in Ihrem Ressort die Absicht bestanden, neben den objektiven Kriterien der Aufnahmeprüfung die tatsächliche Aufnahme in den diplomatischen Dienst von der Herkunft oder Verwandtschaft abhängig zu machen?
- 7) Ist es richtig, daß der Anlaß für diese Untersuchung die Behauptung des SPÖ-Parteiprogrammes, daß es beim Zugang zum diplomatischen Dienst Schranken gäbe, war?.
- 8) Welche Bedeutung hat Ihre Bewertung des Ergebnisses als "befriedigend" wie Sie vor dem außenpolitischen Ausschuß ausgeführt haben?